



Nr. 24

Berlin, 22. Juni 2011

## Inhalt:

[dbb: Gerichtsurteil zum Streikrecht wird keinen Bestand haben –  
Vorschläge zur Halbierung der Staatsschulden+++](#)  
[Erster Bundesgleichstellungsbericht – Wildfeuer: Jetzt müssen  
Taten folgen+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Lenz: Tarifergebnis muss auch im nächsten Jahr übertragen  
werden+++](#)

[tbb begrüßt Rückkehr zur 40-Stunden-Woche:](#)

[„Besser spät als nie“+++](#)

[Sächsischer Beamtenbund vergibt Negativpreis „Eule 2010“ an  
CDU-Politiker Flath+++](#)

[Knecht: Erleben Betroffene noch die Deutsche \(Renten-\)Einheit?+++  
Steuer-Gewerkschaft gegen FDP-Forderung nach](#)

[Steuersenkungen+++](#)

[komba gewerkschaft fordert weitere Entlastungen für Städte und  
Gemeinden+++](#)

[GDL beendet Streiks bei Ostdeutscher Eisenbahn+++](#)

[DPoIG zu Nationalem Cyber-Abwehrzentrum: „Richtiger Schritt“+++](#)

[VBB-Protest: Aktionsbündnis inszeniert „unakzeptablen Vorgang“](#)

[Erfolg der Gewerkschaften: Bundesinnenminister will Dienstposten anheben](#)

## Namen und Nachrichten +++

aktuell

## **dbb: Gerichtsurteil zum Streikrecht wird keinen Bestand haben – Vorschläge zur Halbierung der Staatsschulden**

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen ist überzeugt, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, das Beamten ein Streikrecht einräumt, keinen Bestand haben wird. Er gehe davon aus, dass das Urteil vom Oberverwaltungsgericht kassiert werden wird, sagte Heesen der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 20. Juni 2011). „Die Düsseldorfer Richter haben eine künstliche Unterscheidung getroffen: Der Staat müsste demnach Beamte im klassischen hoheitlichen Bereich wie dem Zoll bei Streiks bestrafen, verbeamtete Lehrer dagegen nicht. Eine solche Unterscheidung ist nicht haltbar“, sagte der dbb Chef zur Begründung.**

Ein Streikrecht für alle Beamten lehnt der dbb ab, machte Heesen klar.

„Der deutsche Staat ist gut damit gefahren, Beamten Streiks grundsätzlich zu untersagen. Nur so kann der Staat in zentralen Bereichen – Polizei, Finanzverwaltung, Schule – funktionsfähig bleiben.“ Dass sich die Verwaltungsrichter bei ihrer Entscheidung auf europäische Menschenrechte berufen, bezeichnete Heesen als „Unsinn“: „Keiner wird gezwungen, Beamter zu werden. Wer sich freiwillig dafür entscheidet, weiß, dass er dann nicht streiken darf. Dafür genießt er ja auch andere Vorteile wie einen sicheren Arbeitsplatz und ein verlässliches Einkommen.“

Zur angekündigten Übertragung des Tarifabschlusses vom März 2011 auf die Beamten in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern sagte der dbb Chef: „Landesregierungen wie die von Hannelore Kraft wissen, was sie an ihren Beamten haben. Verwaltungen müssen in Zeiten des Fachkräftemangels auch etwas

bieten. Daher ist es unverständlich, dass ausgerechnet ein wohlhabendes Land wie Bayern erklärt, dass es die Gehaltserhöhung gar nicht auf seine Beamten übertragen will.“

Um das eigentliche Problem der öffentlichen Haushalte – die hohen Zinsausgaben für Altschulden – zu lösen, erneuerte Heesen den dbb-Vorschlag: „Die Altschulden sollten in einen Fonds und dort gezielt abgetragen werden.“ Dafür könne der Staat künftig den Solidaritätszuschlag verwenden, die Erbschaftsteuer gezielt erhöhen, eine Finanztransaktionssteuer einführen und stille Reserven heben, etwa durch den Verkauf von Gold, schlug Heesen vor. „Deutschland wird die zwei Billionen Euro Staatsschulden, die es angehäuft hat, vielleicht nicht komplett abtragen können. Aber eine Halbierung in 25 Jahren wäre doch schon was“, so der dbb Chef weiter. „Staatsschulden sind eine Zeitbombe.“

(01/24/11)

## **Erster Bundesgleichstellungsbericht – Wildfeuer: Jetzt müssen Taten folgen**

**(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung hat konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellungspolitik in Deutschland gefordert. Die im Ersten Bundesgleichstellungsbericht formulierten Ziele müssten nun umgesetzt werden. „Es darf nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleiben. Jetzt müssen auf die vielversprechenden Worte der Verantwortlichen auch Taten folgen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 16. Juni 2011, nachdem das Bundeskabinett am Vortag den Ersten Bundesgleichstellungsbericht verabschiedet hatte.**

Mit Blick auf die Situation weiblicher Beschäftigter im öffentlichen Dienst bekräftigte Wildfeuer ihre Forderung nach einem Ausgleich geschlechterbedingter Verdienstunterschiede. „Um eine reale Aufwertung typischer Frauenberufe zu bewirken, müssen die Verdienstmöglichkeiten in Berufsfeldern wie Erziehung, Lehre und Krankenpflege verbessert werden.

Gleichzeitig müssen berufstätige Frauen, die noch immer die Hauptlast der Familienarbeit tragen, durch den zügigen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und flexible Arbeitszeitmodelle entlastet werden,“ so Wildfeuer.

Aber auch die Beförderungspraxis in den Verwaltungen gehöre auf den Prüfstand. „Die

Leistung von Beschäftigten, die aufgrund ihrer Familie die Arbeitszeit reduzieren, wird bei der dienstlichen Beurteilung – das zeigt die Praxis – häufig geringer geschätzt als die von Vollzeitstätigen. Da die überwiegende Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst aber weiblich ist, erfahren dadurch vor allem

Frauen einen deutlichen Nachteil, wenn es um die Vergabe attraktiver Dienstposten geht“, so Wildfeuer. Deshalb müsse die Förderung der Gleichstellung am Arbeitsplatz dringend in die Leistungsbewertung von Führungskräften einbezogen werden.  
(02/24/11)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Lenz: Tarifergebnis muss auch im nächsten Jahr übertragen werden**

**(dbb) Der dbb rheinland-pfalz hat die Landesregierung zu einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Ländertarifergebnisses für den öffentlichen Dienst auf Besoldung und Versorgung aufgefordert – „jetzt und in Zukunft“.**

Am 15. Juni 2011 brachten SPD und Bündnis90/Die Grünen dagegen einen Anpassungsentwurf in den Landtag ein, durch den das Tarifergebnis nur zum Teil und nur für das laufende Jahr auf Beamte, Pensionäre und Hinterbliebene übertragen werden soll.

Das gesamte Tarifergebnis, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, müsse aber die Schablone für Anpassungen bei der Beamtensbesoldung und -versorgung auf Landes- und Kommunalebene sein.

Öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften hatten sich im März 2011 darauf geeinigt, die Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst der Länder in diesem und im nächsten Jahr neben einer

Einmalzahlung und einem Sockelbetrag linear um 1,5 Prozent (2011) und um 1,9 Prozent (2012) anzupassen. Lenz: „Die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und –empfänger haben die prekäre öffentliche Kassenlage nicht zu verantworten. Trotzdem sollen sie erneut den Löwenanteil der erforderlichen Konsolidierungssumme sonderopfergleich schultern, obwohl sie in den letzten 15 Jahren mit fast 50 Kürzungen belastet wurden.“ Lenz verwies auf das verfassungsmäßige Recht von Beamten und Versorgungsempfängern auf Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung und sagte: „Die geplante Abkoppelung der Bezahlung ist deshalb skandalös.“  
(03/24/11)

### **tbb begrüßt Rückkehr zur 40-Stunden-Woche: „Besser spät als nie“**

**(dbb) Der Landesvorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen Helmut Liebermann hat die Verabschiedung des Gesetzes zur Arbeitszeit der Beamten mit den Worten „besser spät als nie“ begrüßt. Thüringer Beamte sollen demnach ab 1. August 2011 wieder 40 Stunden pro Woche arbeiten. Bislang galt in Thüringen als dem einzigen neuen Bundesland für Beamte die 42-Stunden-Woche, die hier vor sechs Jahren ohne Besoldungsausgleich eingeführt worden war.**

„Die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für die Thüringer Beamtinnen und Beamten ist ein längst überfälliger Schritt“, sagte Liebermann am 16. Juni 2011. Allerdings seien nicht alle Änderungen, die das Gesetz vorsehe, positiv. So solle die Lebensarbeitszeit schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden. „Die Anhebung

der Lebensaltersgrenzen auf verbindlicher und nicht auf freiwilliger Basis löst bei uns keine Jubelstürme aus, wird aber akzeptiert, um die ansonsten ab 2012 drohenden Versorgungslücken zu schließen“, so Liebermann.

Für Berufsgruppen mit hoher physischer und psychischer Belastung könne die Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht akzeptiert werden. So werde es in Bereichen wie Polizei, Kliniken, Lehrer und Feuerwehr zu Einbußen in der Altersversorgung kommen, weil ein Großteil der Betroffenen aufgrund gesundheitlicher Aspekte weiterhin den Weg in die Rente bzw. Versor-

gung mit Abstrichen wählen wird. „Ergänzende Regelungen, die unter anderem einen flexiblen Berufsausstieg ermöglichen, wie z.B. eine Neuauflage von Altersteilzeit, sind aus der Sicht des tbb nach Verabschiedung des Gesetzes unabdingbar“, so Liebermann. (04/24/11)

## Sächsischer Beamtenbund vergibt Negativpreis „Eule 2010“ an CDU-Politiker Flath

**(dbb) Für seine gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gerichteten Äußerungen hat der CDU-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Steffen Flath, den Negativpreis „Eule 2010“ des Sächsischen Beamtenbundes sbb verliehen bekommen. Flath nahm die „Auszeichnung“ am 10. Juni 2011 in Dresden selbst entgegen, erinnerte an die Finanzzwänge der Länder und bekräftigte, er stehe nach wie vor zu seinen Aussagen.**

Der erstmals vergebene Preis wird künftig jährlich für Angriffe gegen den öffentlichen Dienst Sachsens in Wort oder Tat verliehen, sagte der Landesvorsitzende des beamtenbund und tarifunion sachsen sbb, Günter Steinbrecht. Für 2010 gehe er an einen Politiker, der sich öffentlich grob unsachlich gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geäußert hat. Flath habe in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck erweckt, die öffentlich Bediensteten wären für die Finanzprobleme Sachsens verantwortlich. „Derartige Verunglimpfungen wollen sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Sachsens nicht mehr bieten lassen“, sagte Steinbrecht. Flath war für eine kompromisslose Durchsetzung der Streichung des Sächsischen Sonderzahlungsgesetzes ab 2011 eingetreten und hatte in einem Interview im Februar 2010 u. a. gesagt: „Wir dürfen nicht dahin kommen, dass wir das Geld nur noch für die Beamten und Angestellten zusammenkratzen.“

„Der öffentliche Dienst ist geprägt von einer merkwürdigen Ambivalenz“, sagte der Landesvorsitzende des beamtenbund und tarifunion

sachsen sbb, Günter Steinbrecht, bei der Preisverleihung. „Wenn es der Gesellschaft gut geht, wird er nicht wahrgenommen. Wenn es aber der Gesellschaft schlecht geht wie in Krisenzeiten, dann wird laut nach dem öffentlichen Dienst gerufen, damit er die Probleme bewältigt. Er ist dann aber auch regelmäßig Gegenstand von Neiddebatten wegen seiner vermeintlich sicheren Arbeitsplätze und wegen seiner angeblich so guten Bezahlung. Bei der Bezahlung wird dann stets so getan, als sei der öffentliche Dienst eine Ansammlung von lauter Staatssekretären, und nicht von Sekretären, von Inspektoren, von Kommissaren, Krankenschwestern, Lehrern oder Straßenmeistern, wie es faktisch ist.“ Populistische „Beamten-schelte“ statt notwendiger Selbstkritik sei jedoch kein Rezept, den Freistaat für die Aufgaben der Zukunft fit zu machen, kritisierte Steinbrecht. Flath kündigte an, es werde von ihm „auch in Zukunft die eine oder andere kritische Äußerung“ zum öffentlichen Dienst geben. Zugleich räumte er ein: „Zum Staat wird immer der öffentliche Dienst gehören.“ (05/24/11)

## Knecht: Erleben Betroffene noch die Deutsche (Renten-)Einheit?

**(dbb) Der dbb mecklenburg-vorpommern hat den jüngsten Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, für benachteiligte Berufsgruppen, die zu DDR-Zeiten in Sonder- und Zusatzversorgungssysteme einzahlten, einen so genannten Härtefallfonds einzurichten. Der Fonds soll aus dem allgemeinen Steueraufkommen des Bundes gespeist werden.**

dbb-Landeschef Dietmar Knecht sagte am 21. Juni 2011, dies könne ein Weg sein, „damit Betroffene noch vor ihrem Ableben von einer positiven Regelung profitieren können. Schließlich hat die Bundeskanzlerin bereits bis 2009 eine Lösung eigentlich aller einigungsbedingten ‚Grauzonen‘ versprochen.“

Knecht wies zudem darauf hin, dass neben den Berufsgruppen wie „Reichsbahnern, Krankenschwestern, Postbeschäftigten, auch wis-

senschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen und Universitäten nicht vergessen werden dürften, die ebenfalls in die DDR-Zusatzversorgungssysteme eingezahlt hätten. „Offensichtliche Benachteiligungen und das Vorenthalten von Leistungen werden von den Betroffenen zu Recht als Verweigerung der Anerkennung ihrer Lebensleistung wahrgenommen. Das hat in dieser Form niemand verdient“, so Knecht.

(06/24/11)

## Steuer-Gewerkschaft gegen FDP-Forderung nach Steuersenkungen

**(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) hat sich gegen die erneute Forderung der FDP nach Steuersenkungen noch in dieser Legislaturperiode gewandt. Angesichts der unterfinanzierten Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden halte er eine solche Forderung „für völlig verfehlt“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler am 20. Juni 2011. „Es ist überhaupt nicht die Zeit für Steuersenkungen. Zunächst einmal müssen die staatlichen und kommunalen Haushalte grundlegend saniert werden.“**

Angesichts der drohenden finanziellen Risiken für Deutschland wegen der Verpflichtungen für Griechenland hält der DSTG-Chef Steuersenkungen geradezu für fahrlässig. Auch dürfte der staatliche Finanzbedarf wegen des geplanten Atomausstiegs sogar noch steigen, so Eigenthaler.

„Der Staat hat sich auf eine Schuldenbremse verständigt. Diese darf nicht durch verfehlt

Steuersenkungen, die letztlich von unseren Kindern und Enkeln bezahlt werden müssen, torpediert werden“, so der DSTG-Chef weiter. Richtiger sei eine grundlegende Steuerstrukturreform, die parteienübergreifend erarbeitet werden und das Chaos im Steuerrecht beseitigen muss.

(07/24/11)

## komba gewerkschaft fordert weitere Entlastungen für Städte und Gemeinden

**(dbb) Mit dem Abschluss der Gemeindefinanzkommission am 15. Juni 2011 ist nach Einschätzung der komba gewerkschaft „ein wichtiges Etappenziel erreicht, jedoch eine Gesamtlösung für die dramatische Lage der Gemeindefinanzen noch nicht gefunden“. komba-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach sagte: „Weitere, effektive Schritte sind unverzichtbar, um die Haushaltssituation der deutschen Kommunen nachhaltig zu stabilisieren.“**

Zwar habe die Gemeindefinanzkommission wichtige Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen auf den Weg gebracht, wie die Beibehaltung der Gewerbesteuer oder die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund. „Wer nun aber glaubt, die Kommunen seien alle Sorgen los, der irrt - und zwar gewaltig“, so Silberbach.

Die komba gewerkschaft fordere Bund und Länder auf, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden nach weiteren Entlastungs-

möglichkeiten zu suchen. Das gelte auch für Entschuldungsprogramme. „Nach wie vor hängt das Damoklesschwert über den Rathäusern, mit dem die Gesetz- und Verordnungsgeber neue Aufgaben beschließen können, ohne Verantwortung für eine dauerhafte Sicherung der Kosten zu übernehmen“, so Silberbach. Auch für die Beschäftigten in den Kommunen sei die Modernisierung der Gemeindefinanzen von großer Bedeutung. Denn durch die Sparoperationen der Räte werde die Dienstleistungsqualität der Kommunen gegenüber den

Bürgerinnen und Bürgern beeinträchtigt, weil die Zahl der Aufgaben wachse, die der Beschäftigten aber sinke. Silberbach kündigte für die kommenden Wochen intensive Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden an,

um ein gemeinsames Vorgehen bei der Modernisierung der Gemeindefinanzen festzulegen.

(08/24/11)

## GDL beendet Streiks bei Ostdeutscher Eisenbahn

**(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat die Streiks bei der Ostdeutschen Eisenbahn GmbH (ODEG) am 20. Juni 2011 um 2 Uhr beendet. Der Arbeitskampf hat damit 264 Stunden gedauert, teilte die GDL mit. In Berlin-Brandenburg haben rund 70 Prozent der Züge stillgestanden, auch bei der Lausitzbahn kam es den Angaben zufolge zu erheblichen Zugausfällen und Verspätungen.**

„Dem Arbeitgeber ist wieder nichts anderes dazu eingefallen, als die Kollegen auszusperrern und einen stark eingeschränkten Notfallfahrplan aufzustellen“, erklärte die GDL. „Diesmal schickte er 35 Prozent der rund 130 ODEG-Lokomotivführer nach Hause. „Die ODEG doktort mit Aussperrungen an den Symptomen herum, statt den Tarifkonflikt an der Wurzel zu packen. Ohne inhaltsgleiche Rahmenregelungen in Verbindung mit einem Haustarifvertrag wird es aber keine Lösung geben.“ Das hatte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky in einer Protestveranstaltung gegen die Machen-

schaften der ODEG bereits am 9. Juni 2011 deutlich gemacht.

Die ODEG hat das niedrigste Tarifniveau im deutschen Eisenbahnverkehrsmarkt. „Sie will über die niedrigen Löhne dauerhaft den Wettbewerb verzerren. Das ist mit uns aber nicht zu machen“, so Weselsky. Die Rahmenregelungen der GDL gelten bereits für 90 Prozent aller Lokomotivführer in der Bundesrepublik. Sie bilden das Marktniveau für Lokomotivführer. „Wann wird die ODEG das endlich begreifen?“, fragte Weselsky.

(09/24/11)

## DPoIG zu Nationalem Cyber-Abwehrzentrum: „Richtiger Schritt“

**(dbb) Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum, das Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich am 16. Juni 2011 in Bonn eingeweiht hat, ist nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ein notwendiger und richtiger Schritt zum Schutz der kritischen Infrastrukturen in Deutschland. Damit schließe die Bundesregierung eine Lücke im Kampf gegen terroristische und kriminelle Bedrohungen. „Diesem richtigen Schritt müssen nun weitere folgen“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt.**

Mit dieser Einrichtung werde die richtige Antwort auf Bedrohungen aus dem Internet sowohl auf Wirtschaft und Industrie als auch auf wichtige Infrastrukturen gegeben. „Allein die Vorstellung, dass durch einen erfolgreichen Angriff, etwa auf Schutzsysteme für Kraftwerke, Wasser- oder Stromversorgung die Bevölkerung millionenfach getroffen werden könnte, muss große Besorgnis auslösen“, so Wendt.

Ein Terrorangriff müsse nicht mit Bomben oder Raketen, er könne auch per E-Mail erfolgen.

Allerdings seien weitere Investitionen in diese Einrichtung dringend nötig. Weil Wirtschaft und Industrie profitieren, sollten auch sie zu eigenen Beiträgen bereit sein, ebenso wie die Bundesländer.

(10/24/11)

## VBB-Protest: Aktionsbündnis inszeniert „unakzeptablen Vorgang“

**(dbb) Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) hat sich klar und eindeutig von der Protestaktion eines Aktionsbündnisses distanziert, das unter dem Motto „Kein Werben für Sterben“ am 18. Juni 2011 auf dem Hessentag in Oberursel gegen die Bundeswehr und ihre Teilnahme an den Auslandseinsätzen demonstrieren wollte.**

Es sei „verwerflich und in höchstem Maße pietätlos“, für diese Veranstaltung mit dem Bild einer Trauerfeier für einen gefallenen Soldaten zu werben, dessen Sarg aus der Trauerhalle getragen wird, erklärte der VBB in einer Mitteilung unter der Überschrift „Unakzeptabler Vorgang“.

„Mit dieser ehrverletzenden Form des Protestes diskreditieren sich die Veranstalter selbst, und sie fügen den Angehörigen der in Auslandseinsätzen gefallenen Soldaten und Beamten weiteren seelischen Schmerz zu“, so die

Kritik des VBB. Bei allem Verständnis für streitbare Auseinandersetzungen über politische Themen sei hier „die Grenze des Anstandes bei Weitem überschritten“ worden.

Zu der Protestaktion aufgerufen hatte ein Bündnis, dem u. a. die Partei Die Linke, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di angehörten.

(11/24/11)

## Erfolg der Gewerkschaften: Bundesinnenminister will Dienstposten anheben

**(dbb) Erfreut haben sich Vertreter von bundespolizeigewerkschaft bgv und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), Fachverband Bundespolizei, zu der am 15. Juni 2011 von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich mitgeteilten Entscheidung geäußert, Dienstposten bei der Bundespolizei anzuheben.**

„Unser Druck auf das Bundesinnenministerium hat sich offensichtlich ausgezahlt“, sagte Heiko Teggatz, stellvertretender Vorsitzender des Fachverband Bundespolizei der DPOIG. Er hatte zusammen mit dem 2. Vorsitzenden der bundespolizeigewerkschaft bgv, Roland Kummeth, an der Sitzung der Arbeitsgruppe Organisations- und Dienstpostenplan im Innenministerium teilgenommen.

Laut Bundesinnenminister sollen die Dienstposten der stellvertretenden Hundertschaftsführer, verschiedener Einheitsführer und der Gruppenleiter in der Bundespolizei in ihrer Bewertung angehoben und dem Bewertungsgefüge in der Polizei vieler Bundesländer angepasst werden. Davon betroffen sind bundesweit knapp 200

Dienstposten. „Damit wird ein Beitrag geleistet, die Attraktivität der Bundespolizei als Arbeitgeber dauerhaft zu erhalten“, erklärte Friedrich. „Mit der Anhebung wird nun endlich die Möglichkeit eröffnet, qualifizierte Führungskräfte auf dieser Ebene bei guter Leistung und bei vorhandenen Planstellen weiter zu fördern“, begrüßte auch der bgv-Bundesvorsitzende Rüdiger Reedwisch die Entscheidung. Über weitere Anpassungen des Bewertungsgefüges wird eine Arbeitsgruppe im Bundespolizeipräsidium unter Beteiligung der Gewerkschaften beraten, die dem Bundesinnenministerium dann Empfehlungen vorlegen wird.

(12/24/11)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Neben der schriftlichen und telefonischen Beratung für dbb-Personalratsmitglieder bietet der **dbb** seit etwa einem Jahr persönliche Rechtsberatungstermine in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin an. Ab Juli 2011 wird dieses Angebot wegen der großen Nachfrage auch auf Schwerbehindertenvertreter ausgedehnt. Gegenstand der Beratungen sollen Fragen sein, die einen Zusammenhang mit der Personalratstätigkeit bzw. mit der Arbeit als Schwerbehindertenvertreter haben und einen Bezug zum Personalvertretungsrecht bzw. Recht der Schwerbehindertenvertretungen aufweisen. Eine Terminvereinbarung ist erforderlich (dbb beamtenbund und tarifunion, GB 5, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon: 030/4081-5701, Telefax: 030/40 81-4759, E-Mail).

Eine Online-Umfrage des Staatsanzeigers Baden Württemberg zum Thema Lebensarbeitszeitkonten stützt die Forderung des **BBW** – Beamtenbund Tarifunion (BBW). Auf die Frage „Brauchen die Beamten ein Lebensarbeitszeitkonto?“ antworteten 61,8 Prozent der Teilnehmer mit ja. Der BBW hatte die Landesregierung Anfang Juni 2011 aufgefordert, die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamte und Beamtinnen in Baden-Württemberg noch in diesem Jahr gesetzlich zu verankern. An der Umfrage des Staatsanzeigers hatten sich 741 Personen beteiligt, 458 davon stimmten mit ja (61,8 Prozent), 283 (38,2 Prozent) mit nein.

Zu einer „Protest-Beamten speisung“ mit Erbsensuppe und Wasser haben der dbb hamburg und seine Mitgliedsorganisationen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Hamburgs am 21. Juni 2011 aufgerufen. Mit der Aktion soll gegen die „herben Einschnitte“ bei den Beamtengehältern protestiert und die Bevölkerung auf die schwierige Situation aufmerksam gemacht werden. Der vorgelegte Gesetzesentwurf sieht vor, die Einkommen der Beamten und Versorgungsempfänger um bis zu 7 Prozent zu kürzen. „Wir sind es leid, ewig den Kopf für eine verfehlte Haushaltspolitik hinzuhalten. Wir wollen gerecht und fair behandelt und bezahlt werden. Das ist nicht zu viel verlangt“, sagte dbb-Landeschef **Rudolf Klüver**.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, hat von der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg schnell neue Stellen in der Steuerverwaltung gefordert. Das in der Koalitionsvereinbarung von Grünen und SPD verankerte Versprechen, jährlich zusätzlich 100 Personalstellen zu schaffen, müsse im Nachtragsetat konkretisiert werden, sagte Eigenthaler der „Südwest Presse“ (Ausgabe vom 17. Juni 2011). „Die Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung fängt hoffnungsvoll an. Was zählt, sind aber nicht Worte, sondern Taten“, so Eigenthaler. Wenn Baden-Württemberg in mehr Steuergerechtigkeit investiere, müsse das Land davon aber auch profitieren. In diesem Zusammenhang forderte Eigenthaler ein „Anreizsystem“. Auch Grün-Rot spricht sich dafür aus, dass Mehreinnahmen aufgrund verbesserter Steuerprüfungen in „höherem Umfang als bisher“ im Landesetat verbleiben.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat ausufernde Facebook-Partys als „verantwortungslos und gefährlich“ bezeichnet und die in Frankfurt am Main tagende Innenministerkonferenz (IMK) aufgefordert, eine „rechtssichere Lösung für den polizeilichen Umgang“ mit dem Problem herbeizuführen. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** verwies auf Ausschreitungen bei solchen Partys und sagte am 21. Juni 2011: „Personell kann die Polizei solche Einsätze nur sehr schwer schultern. Die Kolleginnen und Kollegen, die gebraucht werden, fehlen an anderer Stelle - so bei der täglichen Einsatzbewältigung, bei der Strafverfolgung, der Kriminalitätsbekämpfung und der Gefahrenabwehr.“ Wendt appellierte an die IMK, für „praktikable Rechtsgrundlagen zu sorgen, um derartige Treffen bereits im Vorfeld verbieten zu können.“ Der Staat müsse tätig werden, bevor noch Schlimmeres als bisher passiert.

Für eine bessere wissenschaftliche Ausbildung von Erziehern hat sich erneut der Verband Bildung und Erziehung (VBE) eingesetzt. Bundesweit gibt es bereits 60 Studiengänge zur vorschulischen Bildung. Bisher liegt der Anteil der Akademiker in diesem Bereich erst bei 3,5 Prozent. Das ist im internationalen Vergleich extrem wenig. VBE-Bundesvorsitzender **Udo**



**Beckmann** sagte dem Online-Portal DerWesten.de (17. Juni 2011): „Der Elementarbereich ist die erste Stufe des Bildungswesens. Die Anforderungen sind hier ständig gestiegen. Die Erzieherinnen tragen eine hohe Verantwortung für den gelungenen Übergang in die Grundschule. Das sind Herausforderungen, die zumindest Fachhochschul-Niveau erfordern.“ Zunächst solle dies für Leitungsfunktionen gelten, später für alle Fachkräfte, so Beckmann. In der Konsequenz müsse auch die Bezahlung steigen.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat gefordert, dass sich Deutschland auf sinkende Schülerzahlen einstellen müsse. Die neu geschaffenen Oberschulen sollten dann sowohl den Hauptschulabschluss anbieten als auch den der Realschule. Der Vorsitzende des Deut-

schen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, hält die Debatte um die Oberschule für irreführend. „Wenn die CDU sich nun vom dreigliedrigen Schulsystem verabschiedet, ist das Problem längst nicht gelöst“, sagte Meidinger dem „Hamburger Abendblatt“ (Ausgabe vom 16. Juni 2011). Bei einer Fusion von Hauptschule und Realschule würden sowohl die Hauptschüler als auch die Realschüler verlieren. Zum einen vermindere sich für Hauptschüler die stark berufsorientierte Bildung, zum anderen müsste die Realschule das Niveau ihrer Bildung senken, so Meidinger. „Entscheidend ist, dass Deutschland verschiedene Abschlussmöglichkeiten ermöglicht. Deshalb sollten wir innerhalb der Schulen weiterhin eine abschlussbezogene Differenzierung aufrechterhalten“, sagte er.  
(13/24/11)